

Politjahr 2016: Zuerst die Arbeit, dann der Wahlkampf

DANIEL BARGETZE

VADUZ. Knapp ein Jahr bleiben Regierung und Landtag noch, um die gesteckten Ziele der Legislaturperiode zu erreichen. Gleichzeitig starten die Vorbereitungen für den Wahlkampf im Hinblick auf die Landtagswahlen 2017. Hierzu halten sich jedoch alle Parteien noch bedeckt.

Wahlkampf in weiter Ferne

«Die parteiinternen Wahlvorbereitungen haben begonnen», sagt VU-Präsident Günther Fritz. «Für die Regierungsmit-

glieder und die Abgeordneten der VU heisst es aber weiterhin, sich auf die anstehenden politischen Agenden zu konzentrieren.»

Ähnlich klingt es bei der FBP: «Noch befinden wir uns mitten in der Arbeit. Mit allem anderen beschäftigen wir uns zu gegebener Zeit», sagt FBP-Präsident Thomas Banzer. Die Freie Liste gibt sich betreffend Zeitplan ebenfalls zurückhaltend. FL-Geschäftsführer Thomas Lageder hofft aber bereits jetzt, «dass es auch für die nächsten Wahlen wieder gelingt, eine gute Mi-

schung von Leuten zu finden, die für uns kandidieren.»

Themen en masse

Für die Regierung kommt nun die letzte Gelegenheit, Koalitionsvertrag und Regierungsprogramm hervorzunehmen und Unerledigtes anzupacken oder Liegengebliebenes zu forcieren.

Nebst den bekannten Reformen der Sozialwerke **AHV** und BPVG orten die Parteien noch zahlreiche weitere Themen, die 2016 die politische Agenda bestimmen, beispielsweise das Doppelbesteuerungsabkommen

mit der Schweiz, die Kita-Finanzierung und die Verkehrspolitik.

VU forciert Asyldebatte

Erfreulich klare Worte findet die VU zur Flüchtlings- und Migrationsdebatte, welche ganz Europa dominiert: «Wir müssen unsere Kapazitäten auf die tatsächlich Schutzbedürftigen ausrichten», sagt Parteipräsident Günther Fritz. Integration bedeute, dass «künftige Mitbewohner unseres Landes unsere ohnehin weitgehend liberale Gesellschaftsordnung respektieren und sich in deren Rahmen bewegen.»

› INLAND 3

Das sind die politischen Themen 2016

Die Parteien lassen sich nicht in die Karten schauen, wie weit sie mit den Vorbereitungen zu den Landtagswahlen 2017 sind. Hinter den Kulissen dürfte sich einiges tun, damit sich die Teams bilden und die Listen füllen. Doch das politische Tagesgeschäft hat klare Priorität.

DANIEL BARGETZE

VADUZ. Für die letzten Landtagswahlen wurden nach den Sommerferien, im August 2012, die Regierungskandidaten vorgestellt; kurz darauf folgten die Nominierungen der Landtagskandidaten. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass die Vorbereitungen rund ein Jahr vorher starten müssen, für die Landtagswahlen 2017 also jetzt: Die Kandidatensuche ist sehr zeitintensiv und seit einigen Jahren geben alle Parteien zu Protokoll, dass es immer schwieriger werde, genügend Personen für eine Kandidatur zu begeistern. Im Januar und Februar kann zudem vieles erledigt werden, weil keine ordentlichen Landtagssitzungen stattfinden.

Vorderhand dominiert also das politische Tagesgeschäft die kommenden Monate. Im Rahmen der Landtagseröffnung war viel von der Reform der Sozialwerke **AHV** und BPVG die Rede. Doch was wird die Politik darüber hinaus beschäftigen?

Sparpaket: November entscheidet

Im Juni genehmigt der Landtag die Landesrechnung 2015. «Die fünf Eckwerte des Finanzleitbilds sind für die laufende Finanzplanungsperiode 2016 bis 2019 haarscharf eingehalten, auch dank des geschickt genutzten planerischen Spielraums des Regierungschefs als Finanzminister», sagt Günther Fritz, Präsident der Vaterländischen

Union (VU). Spätestens im November, wenn der Finanzminister die Zahlen für die Finanzplanungsperiode 2017-2020 vorlegen muss, wird klar, ob ein weiteres Sparpaket nötig ist. «Werden dann Eckwerte nicht eingehalten, was ganz und gar nicht auszuschliessen ist, wird es der nächsten Regierung obliegen, dem neuen Landtag bis spätestens Mai 2017 ein Massnahmenpaket zu unterbreiten», sagt Günther Fritz.

Klare Akzente erwartet

Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) rechnet mit einer familien- und gesellschaftspolitischen Grundsatzdebatte, angestossen durch die Vernehmlassung zur Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. «Ich erwarte im vierten Jahr der laufenden Legislatur ausserdem klare Akzente in der Verkehrspolitik», sagt FBP-Parteipräsident Thomas Banzer. «Noch befinden wir uns mitten in der Arbeit. Es stehen wichtige und entscheidende Monate vor uns. Mit allem anderen beschäftigen wir uns zu gegebener Zeit.»

Freie Liste plant Vorstösse

Die Freie Liste (FL) führt eine ganze Reihe von Themen an, die sie zuoberst auf der Agenda sieht: «Uns beschäftigen Kirche und Staat, die doppelte Staatsbürgerschaft, das Auslandsliedchensteiner-Wahlrecht, das Doppelbesteuerungsabkommen mit der

Schweiz, der Verkehr, die Kita-Finanzierung und generell der Umgang mit Sparen sowie Steuereinnahmen», sagt Thomas Lageder, Geschäftsführer der Freien Liste. Sind konkrete Vorstösse geplant? «Wir möchten noch nicht zu viel verraten, wir werden aber sicher zu Arbeits- und Finanzthemen Vorstösse bringen», sagt Lageder, und kündigt für die Februar-Ausgabe des «Weiss»-Magazins eine Analyse der Arbeit der Koalitionsregierung an.

Pendenzen des Regierungschefs

Die VU ortet noch weitere Themen und Pendenzen: «Wir erwarten Ergebnisse aus dem seit einiger Zeit unter der Ägide des Regierungschefs laufenden Projekt zur Überprüfung aller Ämter, um den Staatsapparat von innen heraus zu verschlanken», sagt Günther Fritz. Auch den Fragen der Regulierungsdichte und ob der Staatsapparat in seiner heutigen Form überdimensioniert ist, müsse sich die Politik konkreter als bisher stellen.

Das DBA mit der Schweiz werde, ohne die erhofften 20 Millionen Quellensteuer, 2016 in den Landtag kommen. «Die bislang an einer FBP-dominierten Landtagsmehrheit gescheiterte Erhöhung der Mindestertragssteuer für ehemalige Sitzgesellschaften, welche nach Angaben des Regierungschefs weitere 20 Millionen im Jahr ausmachen würden, sowie das heutige Steuergesetz dürften für weitere Dis-



Bild: Archiv/Daniel Ospelt

Landtag und Regierung sind gefordert: Nebst dem Tagesgeschäft soll auch der Wahlkampf anrollen.

kussionen sorgen», sagt Günther Fritz.

Die VU geht ausserdem davon aus, dass Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiefelhofer dem Landtag schon bald eine Verschärfung des Asylrechts unterbreiten wird.

Asyl: VU bezieht klare Position

«Wir müssen unsere Kapazitäten auf die tatsächlich Schutzbedürftigen ausrichten», sagt Parteipräsident Günther Fritz. «Wirtschaftsmigranten, derzeit vorwiegend aus dem Balkan, zählen

nicht zu den Schutzbedürftigen. Sie bedürfen weder eines längeren vorübergehenden noch eines dauerhaften Verbleibes in unserem Land.»

Es solle beispielsweise wie in Deutschland angestrebt werden, jene Asylverfahren, deren Ausgang schon zum Vorhinein klar ist, innert nützlicher Frist rechtskräftig abzuwickeln und die Rückschaffung durchzuführen.

Damit verbunden sind auch Integrationsfragen. «Integration bedeutet für uns, dass künftige Mitbewohner unseres Landes –

unabhängig von Herkunft, Religion und Rasse – unsere ohnehin weitgehend liberale Gesellschaftsordnung respektieren und sich in deren Rahmen bewegen. Auch ihre Freiheit wird dort aufhören müssen, wo sie nachvollziehbare Ängste auslöst sowie Freiheit und Sicherheit anderer zu bedrohen beginnt», sagt Günther Fritz.

DU antwortet nicht

Und was beschäftigt die Unabhängigen (DU)? Die Anfrage blieb leider unbeantwortet.